



Gemeinde Rommerskirchen
DER BÜRGERMEISTER
Dr. Martin Mertens

Rommerskirchen, 6. Februar 2019

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

mit Schreiben von Januar 2019 haben Sie mich gebeten, zu den Anträgen 17/3811, 17/4117, 17/4118, 17/4292 der Fraktion der SPD, dem Antrag 17/4104 der Fraktion der Bündnis90/die Grünen, dem Entschließungsantrag 17/4609 der Fraktion der AfD und dem Antrag 17/4446 der Fraktionen der CDU und FDP Stellung zu nehmen und an der Anhörung „Rheinisches Revier“ des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 13. Februar 2019 teilzunehmen. Als Bürgermeister einer durch den Strukturwandel unmittelbar betroffenen Gemeinde komme ich Ihrer Einladung daher gerne nach.

Zum Themenkomplex des Strukturwandels im Rheinischen Revier und den konkreten Anträgen der Landtagsfraktionen nehme ich im Folgenden Stellung und erlaube mir zunächst einige einleitende Worte:

Auf Rommerskirchener Gemeindegebiet liegen rund zehn Prozent des größten Braunkohlekraftwerks Deutschlands, nämlich Neurath BoA 2 & 3. Die gesamte Region ist seit Jahrzehnten von der Braunkohle geprägt. Die Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung kommt zu der Empfehlung, den Ausstieg aus der Braunkohle bis spätestens 2038 vorzunehmen. Der damit verbundene mittelfristige Wegfall tausender Arbeitsplätze in der Braunkohle ist ein tiefer Einschnitt für die Region. Aus verständlichen Gründen wurde die Diskussion von allen Seiten teilweise hochgradig emotional geführt.

Im Rheinischen Revier arbeiten wir bereits seit Jahren gemeinsam mit Hochdruck an der Entwicklung von Szenarien für einen erfolgreichen Strukturwandel, der nicht zu einem Strukturbruch verkommen darf. Aus der interkommunalen Zusammenarbeit des regierungsbezirksübergreifenden Planungsverbundes „Rheinisches Sixpack“ – bestehend aus den Kommunen Bedburg, Bergheim, Elsdorf, Grevenbroich, Jüchen und Rommerskirchen - ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen entstanden. Viele von diesen finden sich erfreulicherweise in den Anträgen der Landtagsfraktionen wieder und haben auch Eingang in den Anhang zum Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ gefunden.

Zu den einzelnen Anträgen:

1. Zu Drucksache 17/3811:

Antrag der Fraktion der SPD „Das Rheinische Revier muss Sonderfördergebiet werden, um den Braunkohlen-Strukturwandel erfolgreich gestalten zu können“

Derzeit stehen die Kommunen vor dem Problem, Flächen bezahlbar zu erwerben, sofern sie überhaupt verfügbar sind. Die allgemeine Flächenknappheit und der Boom im Rheinischen Revier führt zu hohen Preiserwartungen bei Verkäufern. Zusätzlich führt die anhaltende Niedrigzinsphase auf dem Kapitalmarkt dazu, dass vermehrt in Grund und Boden investiert wird und somit die Flächen immer knapper werden - es entsteht also ein zunehmender Druck auf dem Markt für landwirtschaftliche Flächen. Erschwerend kommt hinzu, dass Landwirte die Flächen an die Kommune veräußern und innerhalb einer engen Frist die Einnahmen reinvestieren müssen, da sie ansonsten einer hohen Besteuerung ausgesetzt sind, was die Verkaufsentscheidung nicht unbedingt fördert. Für die kommunale Flächenentwicklung ergibt sich als weitere Herausforderung die stetig mangelnde finanzielle wie personelle Ausstattung der Planungs- und Bauämter in den Kommunen und die vielen langwierigen Planungsverfahren auf Ebene der Kreise und der Bezirksregierungen, die die Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen extrem ausbremsen.

Folgende konkrete Maßnahmen können hier Abhilfe leisten:

- steuerliche Sonderregelungen für Landwirte bei Verkauf von Ackerland,
- landesweiter oder regionaler Grundstücksfonds für Flächenentwicklungen zur finanziellen Entlastung der Kommunen und zur schnellen Entwicklung von Flächen,
- finanzielle Entlastung der Kommunen bei Planung und Erschließung (kommunale Entwicklungsgesellschaften mit Landesbürgschaften ausstatten),
- Planungsbeschleunigungen für Infrastrukturplanungen (Straße, Schiene, Regionalplanung, Bauleitplanung),
- keine langwierigen Förderprogramme sondern schneller, unkomplizierter Zugang zu notwendigen Mitteln.

2. Zu Drucksache 17/4104:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Lebenswert, innovativ und klimafreundlich: Zukunftsfähige Entwicklung des Rheinischen Reviers strategisch gestalten“

Die Beschreibung der Antragsteller betont zu wenig die wirtschaftliche Bedeutung des Rheinischen Braunkohlereviers. Den Blick lediglich auf die direkt in den Tagebauen und Kraftwerken Beschäftigten zu beschränken, greift zu kurz. Nicht nur Zuliefererbetriebe, sondern auch die energieintensive Wirtschaft in der Region muss in dem Prozess eines geordneten Strukturwandels mit berücksichtigt werden. Die Versorgungssicherheit ist daher ein wichtiger Punkt, im Antrag auch benannt, jedoch darf die Einschätzung, dass der Braunkohleausstieg einen niedrigeren Börsenstrompreis zur Folge haben wird, nach den Erfahrungen der Vergangenheit nicht als sicher angenommen werden. Sollte sich dies - aus unserer Sicht erwartbar - nicht bewahrheiten, müssen Ausgleichsmaßnahmen getroffen werden, die ein Abwandern der energieintensiven Industrie und damit eine weitere wirtschaftliche Schwächung des Reviers verhindern.

Raum-, Flächenmanagement und Verkehrsinfrastruktur sind auch aus Sicht des Rheinischen Reviers entscheidende Weichen für einen gelingenden Strukturwandel. Wichtig ist, dass das nachhaltige Mobilkonzept nicht verengt wird, natürlich sind Schienen- und Breitbandausbau wichtig, doch auch vorhandene Verkehrsadern in die Region, wie die B477, müssen hier im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes Berücksichtigung finden. Die Einrichtung eines landesweiten Grundstücksfonds ist aus Sicht der Gemeinde Rommerskirchen und des Rheinischen Sixpacks außerordentlich begrüßenswert.

3. Zu Drucksache 17/4117:

Antrag der Fraktion der SPD: „Strukturwandel im Rheinischen Revier konkret machen“

Entwicklung der LEP 6 Flächen Grevenbroich

Die Entwicklung der Flächen im Dreieck Grevenbroich-Rommerskirchen-Bedburg (eventuell auch an einem nahe gelegenen anderen, topografisch günstigerem Standort) ist als zentraler Bestandteil eines regionalen Gewerbestandortkonzeptes im Planungsraum des Rheinischen Sixpacks zu verstehen. Dabei sind wichtige, im Kontext mit der LEP6-Fläche stehende Infrastrukturmaßnahmen zu priorisieren: Bau der Ortsumgehung B477n Frixheim/Butzheim/Eckum/Gill und B477n Ortsumgehung Bergheim-Niederaußem sowie die Lückenschlüsse der L93n und L279 im Bereich Bergheim.

Bildung als Tagebau der Zukunft nutzen / Als Beispiel: Das Landwirtschaftslabor Rommerskirchen-Sinsteden

Der Stoffkreislauf der Landwirtschaft gliedert sich in fünf Bereiche: das Saatgut, den Pflanzenbau, die Futtermittel, die Tierhaltung und die Düngung. Diese Komponenten bilden im Idealfall einen geschlossenen Kreislauf. Durch den Anbau von Futterpflanzen wird das benötigte Futter betriebsintern erzeugt. Eine flächengebundene Tierhaltung und die Verwendung des betriebseigenen Wirtschaftsdüngers schließen den Kreislauf. Dieser nachhaltige Ansatz soll am Standort Rommerskirchen-Sinsteden verfolgt werden. In einem Landwirtschaftslabor mit neuen Gebäuden und Außenflächen soll neben dem schon bestehenden musealen Ansatz moderne Landwirtschaft im Kontext von Wertschöpfung, Biodiversität und Innovation weiterentwickelt und pädagogisch aufgearbeitet werden. Dabei stehen zwei Schwerpunkte im Fokus: Der Ackerbau und die Tierhaltung.

Löss ist ein sehr fruchtbarer Boden und für die Landwirtschaft von besonderer Bedeutung. Etwa 80 Prozent des weltweiten Getreides wächst auf Löss. Diese hohe Bodenqualität prägte auch die Kulturlandschaft und damit den Ackerbau hier im Rheinland und vor allem im Gebiet des Rhein-Kreises Neuss. Aus der Dreifelderwirtschaft der beginnenden Neuzeit entwickelte sich die moderne Fruchtfolge, die gestern wie heute das Ziel hat, den Boden einerseits zu schonen und andererseits den größtmöglichen Ertrag zu erwirtschaften. In diesem Spannungsfeld bewegt sich die Landwirtschaft bis heute. Da die Landwirtschaft immer technisierter wird und Höfe aus Dörfern und Städten ausgesiedelt werden, verliert unsere Gesellschaft den Bezug zur Primärproduktion von Lebensmitteln und damit auch zur Ernährung. Das geplante Landwirtschaftslabor soll die historische Dreifelderwirtschaft (Kompensationsflächen sind schon vorhanden) betreuen und in der Bevölkerung ein vertieftes Verständnis für den modernen Ackerbau wecken sowie zugleich einen Forschungsstandort für die moderne Nahrungsmittelproduktion bilden. Hierzu sollen in den neuen Gebäuden und auch auf den landwirtschaftlichen Außenflächen zwischen B59n und dem bereits bestehenden Landwirtschaftsmuseum innovative Ansätze aufgezeigt und sowohl pädagogisch vermittelt als auch wissenschaftlich erforscht werden. Der Fokus im Bereich Ackerbau richtet sich

insbesondere auf die Produktionskette der Feldfrüchte, ihre Ernte und Weiterverarbeitung zum Lebensmittel.

Im Landwirtschaftslabor Rommerskirchen-Sinstdeden sollen auch Räume und Außenflächen geschaffen werden, die der Information, dem gesellschaftlichen Austausch und der Ideenwerkstatt rund um die Produktion tierischer Lebensmittel dienen. Diese umfassen im Sinne der modernen Landwirtschaft in erster Linie die modernen und dem Tierwohl angepassten Haltungssysteme, entlang der gesamten Zeitachse der Produktionskette. Diese Ziele werden verfolgt, indem regelmäßige Veranstaltungen, Lehrgänge und Vorträge angeboten werden, die alle das Konzept der Open Science - der öffentlich zugänglichen Wissenschaft - verfolgen. Zudem soll ein professioneller Forschungsstandort etabliert werden. Kooperations- und Lehraufträge sind bereits jetzt schon mit den umliegenden Universitäten Bonn, Köln und Düsseldorf etabliert worden und können weiter intensiviert werden.

Sondergebiet für Produktionsdienstleistungen in der Landwirtschaft am Standort Rommerskirchen (Agrobusiness-Park)

Der konzentrierte Betrieb eines modernen emissionsarmen Gärsubstratlagers ist nur ein Beispiel für die zunehmende Technisierung und Konzentration in der Landwirtschaft. Vor allem wird die Lagerhaltung und Logistik zunehmend von der weiterverarbeitenden Lebensmittelindustrie auf die landwirtschaftlichen Betriebe übertragen. Lagerhallen für Kartoffeln und Möhren und Getreide muten in ihrer Form und Größe eher Industriehallen an und beeinträchtigen das Landschaftsbild zunehmend. Tätigkeiten im Bereich von Ernte und Logistik des Landwirtes werden zunehmend auf Genossenschaften und Lohnunternehmen übertragen; die Fahrzeuge der Transportunternehmen belasten die für die hohe Tonnage nicht ausgelegten Wirtschaftswege übermäßig.

Um für die von der modernen Landwirtschaft geprägten Region eine Verbesserung zu erreichen, muss das Planungsrecht auf die veränderten Rahmenbedingungen in der zunehmend industrialisierten Landwirtschaft reagieren. Durch die räumliche Steuerung der Nutzung von bislang nicht privilegierten Landwirtschaftsbetrieben, der Lagerhaltung von Düngemitteln sowie der Lagerhaltung von landwirtschaftlichen Produkten können eine freiraumschonende, verkehrsvermeidende und zugleich betriebsoptimierte Landwirtschaft ermöglicht werden.

Der Standort Rommerskirchen soll hier Laborraum für die Landwirtschaft 4.0 in der vom Strukturwandel betroffenen Region werden. Im Agrobusiness-Park für technologisierte landwirtschaftliche Produktionsdienstleistungen soll nicht nur die zentrale Lagerung und Logistik von landwirtschaftlichen Produkten erfolgen, sondern auch die Entwicklung und Konstruktion von neuen Technologien der Nahrungsmittelproduktion (Maschinen, Saatgut, Verpackung, etc.) Raum finden.

4. Zu Drucksache 17/4609:

Entschließungsantrag der AfD-Fraktion „Strukturwandel im Rheinischen Revier konkret machen“

Die Beschreibung der wirtschaftlichen Bedeutung des Rheinischen Braunkohlereviere in dem vorliegenden Antrag ist oberflächlich, in Teilen aber zutreffend. Aus dem gesamten Antrag schwingt jedoch der Grundtenor mit, dass ein mittel- bis langfristiger Ausbau regenerativer Energien nicht zweckmäßig sei. Diese Auffassung teile ich nicht. Ich habe im Gegenteil den

Eindruck, dass das Revier hier viel weiter ist, als es die Antragsteller ihm unterstellen. Die Notwendigkeit der Energiewende wird von keinem wesentlichen Akteur und auch nicht vom Gros der betroffenen Beschäftigten in der Branche angezweifelt. Lediglich über Zeitverlauf und Gestaltung besteht zum Teil erheblicher Diskussionsbedarf.

Der konkrete Beauftragungsvorschlag an die Landesregierung, der im Kern fordert, jeglichen (beschleunigten) Ausstiegspfad aus der Braunkohle abzulehnen, ist von der Realität längst überholt worden. Es ist auch im Rheinischen Revier angekommen, dass eine Reduzierung des Braunkohleabbaus stattfinden wird. Zur konkreten Gestaltung eines Strukturwandels, der auf diese Realität reagiert, verhält sich der Antrag leider überhaupt nicht.

5. Zu Drucksache 17/4118:

Antrag der Fraktion der SPD: „Neue Flächen für Wohnraum, Gewerbe und Industrieentwicklung im Rheinischen Revier ausweisen“

Gewerbeflächenentwicklung: Masterplan Gewerbe

Die Forcierung der Entwicklung des Industriestandortes für Großvorhaben in Grevenbroich Neurath ist zu begrüßen, ebenso Nachfolgenutzungskonzepte für die Kraftwerksstandorte Frimmersdorf und Neurath. Dabei muss auch das Unternehmen RWE in die Pflicht genommen werden, die alten Standorte in enger Abstimmung mit den betroffenen Kommunen zu entwickeln. Unterstützung des Landes benötigen die Kommunen beim Landerwerb für das geplante interkommunale Gewerbegebiet Grevenbroich/ Rommerskirchen und bei der Realisierung des Agrobusiness-Parks Rommerskirchen.

Wohnbauflächenentwicklung: Masterplan Wohnen

Eine reine Betrachtung der kommunalen Ebene greift in den Wachstumsbereichen der Region entlang der Rheinschiene zu kurz. Daher gilt es auf der Ebene der Regionalplanung, die Ausweisung der Flächen in den dynamischen Wachstumsbereichen im Stadt-Umland-Umgriff auf Basis interkommunaler bzw. stadtreionalen Zielbildern der räumlichen Entwicklung vorzunehmen. In Bezug auf das Wohnen beinhaltet dies auch, die Siedlungsbestände im Umland der Zentren in eine Strategie mit einzubeziehen. In Anbetracht des starken Siedlungsdrucks auf der bereits weitgehend verdichteten und zersiedelten Rheinschiene ist es flächenökonomisch, ökologisch, stadtklimatisch sowie volkswirtschaftlich nicht sinnvoll, auf der einen Seite weiter Freiflächen in Anspruch zu nehmen und zu erschließen bzw. vorhandene Siedlungsräume übermäßig zu verdichten und auf der anderen Seite Siedlungsbestände zu vernachlässigen, die bereits heute auf Grund vorhandener aber ausbaufähiger nachfragekonformer infrastruktureller Ausstattung und ÖPNV-Anbindung in der Lage sind, ihren Beitrag zu einer zielorientierten Entwicklung der Region beizutragen.

Wiederaufnahme des kommunalen Wohnungsbaus

Aufgrund der angespannten Wohnungsmarktlage in Köln und Düsseldorf sowie des Wirtschaftswachstums der Region selbst, werden die umliegenden Kommunen wie auch das Rheinische Sixpack zunehmend als attraktiver Wohnstandort nachgefragt. Die gute verkehrliche Erschließung für den motorisierten Individualverkehr ermöglicht es Berufspendlern, vergleichsweise günstig, ländlich und in teils dörflichen Siedlungsstrukturen zu wohnen, und dennoch die Oberzentren schnell zu erreichen.

Für die Deckung der zukünftigen Wohnraumnachfrage ist eine alleinige Aufstellung der Bedarfe nicht ausreichend. Es müssen Flächen zur Verfügung gestellt werden, um die

Nachfrage planerisch realisieren zu können, welche gleichzeitig eine qualitative Gestaltung des Wachstums ermöglichen.

Zudem müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, um preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die gemeinsamen Bestrebungen, kommunale Wohnungsbauunternehmen zu gründen bedürfen einer Anschubfinanzierung, etwa durch Bereitstellung von Landesbürgschaften, die Unterstützung bei der Flächenentwicklung nach dem Modell der „Kooperativen Baulandentwicklung“ (NRW Urban), ausreichende Mittelbereitstellung für die Region bei der Wohnraumförderung

Unterstützung der finanziellen und personellen Ausstattung des Rheinischen Sixpacks als Zweckverband

Der regionale Änderungsdruck im Rheinischen Sixpacks bildet sich aktuell nicht in der Personalstruktur der Kommunen ab, so dass schon den bereits heute bestehenden planerischen und gestalterischen Herausforderungen nur noch bedingt begegnet werden kann.

Die in Folge des Strukturwandels notwendig gewordene Entwicklung der Kraftwerksflächen und die Ansiedlung neuer, zukunftsfähiger Wirtschaftsstrukturen erfordern eine zusätzliche Ressourcenausstattung der Kommunen.

6. Zu Drucksache 17/4292:

Antrag der Fraktion der SPD: „Mit Sonderverkehrswegeplan den Strukturwandel im Rheinischen Revier unterstützen“

Der demographische Wandel in Form einer schrumpfenden und älter werdenden Bevölkerung wird im weiteren Umland der Zentren und den ländlichen geprägten Teilräumen der Region in Zukunft weitreichende Auswirkungen haben. Mobilität, Infrastruktur und Daseinsvorsorge müssen hier interkommunal neu organisiert werden. Um dies zu ermöglichen und zu befördern, ist es notwendig, Zentralität und Versorgung in Teilräumen der Region mittelfristig verändert und differenziert in einem überkommunalen Maßstab zu betrachten.

Wichtig ist es nicht, nur die Kernstädte bei der Planung des ÖPNV-Ausbaues zu betrachten, sondern die Verkehrsanbindung im Individualverkehr und vor allem im Bereich des ÖPNV zwischen den Kernstädten und dem Umland zu optimieren.

Wünschenswert ist der Ausbau gewisser Verkehrsknoten im Sinne des Lückenschlusses im Umland an geographisch und infrastrukturell geeigneten Orten.

Ebenso notwendig ist die Überwindung der Grenzen von verschiedenen Verkehrsverbänden (VRR/VRS), um den Raum besser zu erschließen.

B 477n Bergheim – Rommerskirchen:

Die alte B477, die das gesamte Revier von Nord nach Süd durchzieht und als Lebensader der Region gelten kann, stellt aktuell die kürzeste Verbindung zwischen Düsseldorf bzw. Neuss und der Eifel dar. Dies führt zu erheblichen Verkehrsbelastungen in jeglichen Ortskernen. Die B477n soll in einem gesamträumlichen Entwicklungskonzept als Innovationsachse zwischen den interkommunalen Gewerbegebieten in Bergheim/Bedburg/Elsdorf über den Kraftwerksstandort Niederaußem bis nach Rommerskirchen ausgebaut werden. Die Planungen für die B477n sieht für die Orte Rommerskirchen-Eckum/Butzheim/Frixheim, Bergheim-Niederaußem und Bergheim-Rheidt-Hüchelhoven Ortsumgehungen vor.

L213 OU Rath der L279 sowie L 93 von Stommeln – Niederaußem:

Mit der Entwicklung eines Masterplanes Gewerbe wird die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Straßeninfrastruktur verbunden sein. Zur Erschließung notwendiger

Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche werden neben der B477n auch die L213, die L279 sowie die L 93 eine wichtige Rolle spielen.

Ausbau des S-Bahn-Netzes im Städtviereck Köln-Aachen-Mönchengladbach-Düsseldorf

Der Ausbau eines leistungsfähigen Schienenpersonennahverkehrs im Rheinischen Revier muss absolute Priorität haben. Der Ausbau der S-Bahn-Verbindung Mönchengladbach-Grevenbroich-Rommerskirchen-Köln steht dabei ebenso im Fokus wie der Ausbau der S-Bahn-Verbindung Köln-Bedburg-Grevenbroich-Düsseldorf. Hier erwarten die Kommunen dringend benötigte Unterstützung vom Land. Darüber hinaus müssen Errichtung und Betrieb von Mobilstationen für den intermodalen Personennahverkehr an den Bahnhöfen und Haltepunkten auf der Strecke vom Land gefördert werden.

Vorhandene Trassenressourcen der bisherigen RWE-Kohlebahnen und –Anschlussbahnen müssen in den kommenden Jahren für den öffentlichen Personen- und Güterverkehr ertüchtigt und freigegeben werden.

Für den Bereich Rommerskirchen wird die Schaffung einer Schienennahverkehrsverbindung zwischen Bergheim und Rommerskirchen auf der RWE-Anschlussbahn (Erschließung der Ortsteile Paffendorf, Zieverich, Niederaußem, Oberaßem, Büsdorf, Rheidt, Hüchelhoven, Gill und Eckum im Kölner Umland) vom Rheinischen Sixpack projektiert und soll vom Land unterstützt werden.

7. Zu Drucksache 17/4446:

Antrag der Fraktionen CDU und FDP: „Das Rheinische Revier hat alle Chancen und verdient jede Unterstützung – Strukturwandel mit den Akteuren vor Ort zum Erfolg bringen“

Die Beschreibung der Antragssteller erkennt die wirtschaftliche Bedeutung des Rheinischen Reviers in groben Zügen. Klar ist, dass der Strukturwandel gestaltet werden muss – dies ist zugleich Herausforderung und Chance. Bei der Gestaltung des Strukturwandels orientieren sich die Regierungsparteien an den Leitmotiven der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR): „präventiver Strukturwandel“ und „Strukturwandel in Echtzeit“. Dies ist zunächst einmal zu begrüßen, jedoch müssen diese Leitgedanken mit konkreten Ideen und Projekten gefüllt werden.

Darüber hinaus reicht es nicht aus, dass sich die Landesregierung ausschließlich auf die Zukunftsagentur und die von ihr entworfenen Eckpunkte eines Wirtschafts- und Strukturprogramms („Das Rheinische Zukunftsrevier“) beruft. Auch andere Akteure, wie der Planungsverbund Rheinisches Sixpack haben sich auf den Weg gemacht, um den Strukturwandel zu gestalten. Hierzu haben die dem Planungsverbund Sixpack angehörigen Bürgermeister aus Rommerskirchen, Bedburg, Grevenbroich, Jüchen, Elsdorf und Bergheim ein integriertes Handlungspapier in Auftrag gegeben, welches der Kommission vorliegt und welches in naher Zukunft ebenfalls an die zuständigen Landesministerien versendet wird.

Die Regierungsparteien betonen, dass der Strukturwandel vor Ort gestaltet werden müsse und man nicht von oben herab vorschreiben könne, was zu tun sei. Diese Annahme ist richtig. Allerdings müssen das Land und der Bund die Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Strukturwandel schaffen. Hierzu müssen insbesondere ausreichend finanzielle Mittel für die unterschiedlichsten Projekte zur Verfügung gestellt werden. Hier ist sicherlich vorrangig der Bund in der Pflicht, allerdings darf die Landesregierung nicht die Kommunen im Stich lassen und muss die entsprechenden Mittel in Berlin einfordern.

Wichtig ist, wie auch im Antrag erwähnt, dass die energieintensive Industrie und die damit verbundenen Arbeitsplätze für einen gelingenden Strukturwandel mitgedacht werden. Eine Abwanderung der energieintensiven Industrie muss unter allen Umständen vermieden werden.

Ein „präventiver Strukturwandel“ kann nur gelingen, wenn die Punkte „Energie und Industrie“, „Raum und Infrastruktur“, „Innovation und Bildung“ und „Ressourcen und Agrobusiness“ zusammengedacht werden. Die Änderung des Landesentwicklungsplans ist zu begrüßen und muss schnellstmöglich in die Regionalpläne Düsseldorf und Köln Eingang finden.

Es ist richtig, dass sich die Akteure vor Ort auf den Weg gemacht haben, den Strukturwandel durch konkrete Projektideen zu gestalten. Dieser Ideen muss sich die Landesregierung annehmen, darf es allerdings nicht dabei belassen. Hier erwarten die Kommunen weitere Unterstützung des Landes – insbesondere der Landes- und Regionalplanung.

Der Terminus „ausreichende Mittel“ für den Strukturwandel ist bislang sehr vage. Die Landesregierung muss nun alles daran setzen, die aus dem Rheinischen Revier angemeldeten Projekte in Berlin so zu unterstützen, dass eine Förderung dieser Projekte möglich ist. Die betroffenen Kommunen und die Landespolitik müssen hier Hand in Hand arbeiten.

8. Fazit:

Das nördliche Revier, insbesondere Grevenbroich und Rommerskirchen, trägt zunächst die Hauptlast des beginnenden Strukturwandels, da das Kraftwerk Neurath bis Ende 2022 vom Netz gehen wird. Daher müssen die beiden Kommunen im Rahmen eines Sofortprogramms „Strukturwandel“ besonders berücksichtigt und finanziell unterstützt werden.

Das Unternehmen RWE muss weiterhin Partner in der Region bleiben und einen Teil der Entschädigungen wieder in Innovationen und die Schaffung von Arbeitsplätzen investieren. RWE muss dabei verpflichtet werden, die alten Kraftwerksstandorte zeitnah zurückzubauen und gemeinsam mit den betroffenen Kommunen die Standorte Frimmersdorf und Neurath in einer Projektgesellschaft für Innovationen, Gewerbe- und Industrieflächen zu entwickeln.

Es soll ein Grundstücksfonds eingerichtet werden, damit die Kommunen Flächen von Dritten kaufen können. Die Mittel dazu müssen Bund und Land bereitstellen. Dies kann zum Beispiel über entsprechende Landesbürgschaften (vergleichbar „kooperative Baulandentwicklung“) geschehen.

Die Kommunen müssen endlich auch direkt an der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) beteiligt werden und nicht nur mittelbar über die Kreise – denn die Städte und Gemeinden sind die Lastenträger einer Ausstiegsentscheidung übergeordneter Ebenen. „Stadt und Land – Hand in Hand“ muss auch beim Strukturwandel gelten. Als Kommunen erwarten wir vom Land aber auch, dass die Strukturhilfen des Bundes mit eigenen Mitteln aufgestockt werden.

Die Kommunen brauchen einen Vorrangplan für die betroffenen Kreise, damit Planungs- und Genehmigungsverfahren spürbar beschleunigt werden, ebenso braucht das Rheinische Revier einen Sonderverkehrswegeplan, damit für die Schaffung neuer Arbeitsplätze dringend

benötigte Infrastrukturmaßnahmen wie der Ausbau von Autobahnen, Bundes- und Landstraßen sowie Eisenbahnlinien beschleunigt umgesetzt werden können.

Kommunale Planungsverbände wie das „Rheinische Sixpack“ (Bergheim-Bedburg-Grevenbroich-Elsdorf-Jüchen-Rommerskirchen) müssen mit Mitteln des Landes gefördert werden, damit Personal und Organisationskraft für die Gestaltung des Strukturwandels ermöglicht werden kann.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Martin Mertens
Bürgermeister der Gemeinde Rommerskirchen